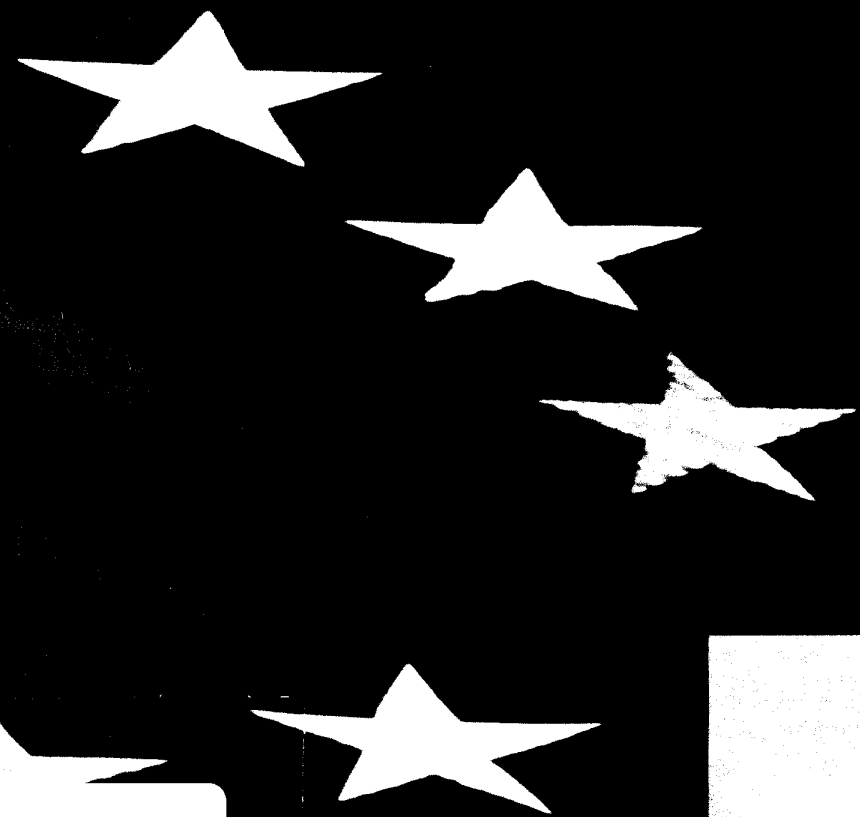
In Verantwortung für Deutschland: **Europa einigen.**

AUFRUF DER SPD ZUR EUROPAWAHL AM 13. JUNI 1999.



C 00 - 03418

Mit der **Europawahl** Weichen für die Zukunft Europas stellen.

Am 13. Juni 1999 wird ein neues Europäisches Parlament gewählt. Es ist längst nicht mehr nur ein Organ der Beratung, es hat echte Mitentscheidungsrechte: Der nächste Präsident der EU-Kommission wird vom Europäischen Parlament gewählt. Die neue Kommission wird durch eine Vertrauensabstimmung im Europäischen Parlament eingesetzt. Die Mehrzahl der EU-Gesetze braucht auch eine Mehrheit im Europäischen Parlament.

In diesem Europäischen Parlament wollen die deutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine Mehrheit erringen für eine europäische Politik, die

- wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auf soziale Gerechtigkeit gründet und als europäisches Modell im Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsräumen sichert;
- der grenzenlosen Zerstörung der Umwelt mit einer grenzenüberwindenden Politik für die Erhaltung der Lebensgrundlagen begegnet und hohe Standards für den Schutz der Gesundheit und der Verbraucherinnen und Verbraucher setzt;
- durch engere europäische Zusammenarbeit die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger vor dem international organisierten Verbrechen erhöht;
- Nationalismus und Rassismus entschlossen entgegentritt und die Europäerinnen und Europäer vor Krieg und Verfolgung, Vertreibung und Verwüstung schützt;
- Ernst macht mit der Chancengleichheit von Mann und Frau.

Wir Deutschen tragen aus historischen Gründen eine besondere Verantwortung für die Einigung Europas. Wir haben auch das größte Interesse an ihr. In der Mitte Europas ist unser Land wie kein anderes betroffen von dem, was die Nachbarn tun, und es hat wie kein anderes Einfluß auf das, was bei den Nachbarn geschieht. Kein anders Land hat so viele Nachbarn wie Deutschland.

Wir verstehen uns als Anwalt deutscher Interessen in Europa. Wir wollen sie mit der Sozialdemokratischen Partei Europas und in Partnerschaft mit den europäischen Nachbarländern verwirklichen. Unser Land hat in der Europäischen Gemeinschaft Demokratie und Wohlstand aufbauen und sichern können. In nationalistischer Isolierung würde es fast alles verlieren. Die großen Herausforderungen unserer Zeit kann keine Nation in Europa allein bewältigen. Deutschland braucht die Europäische Union – wie die Europäische Union Deutschland braucht. Nur gemeinsam mit anderen sind wir stark genug, unsere Zukunft zu gestalten.

Die Europäische Union vereint eine Vielzahl von Staaten und Regionen, Völkern, Kulturen und Traditionen zu gemeinsamer Anstrengung bei der Lösung gemeinsamer Probleme. Wir werden diese Vielfalt bewahren und stärken sowie den Austausch und die Verständigung zwischen den Kulturen fördern. Diese Vielfalt ist nicht die Schwäche, sondern die Stärke Europas, wenn wir uns auf gemeinsame Ziele verständigen und an gemeinsamen Projekten arbeiten.

AUFRUF ZUR EUROPAWAHL 1999

Die Europäische Union ist kein Superstaat und sie soll es auch nicht werden. Aber wir halten fest an dem großen Ziel einer immer enger werdenden Union der Völker Europas. Sie ist für uns mehr als nur ein großer Markt. Wir wollen zu einer wirklichen Gemeinschaft der Völker werden, die den großen europäischen Traditionen der parlamentarischen Demokratie, der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet ist und in der die kulturelle Vielfalt Europas gepflegt und gefördert wird.

Die Ängste der Menschen vor Zentralismus, Bürokratie und Fremdbestimmung in der Europäischen Union nehmen wir ernst. Wir wollen eine bürgernahe Europapolitik verwirklichen, die auf öffentliche und offene Diskussion, die aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an europäischen Entscheidungen und auf die Stärkung der Regionen und Gemeinden setzt: So viel Gestaltungsfreiheit für die Staaten, Regionen und Kommunen Europas wie möglich – so viel europäische Zusammenarbeit wie nötig. Unter Wahrung des Prinzips der Subsidiarität müssen auch die Interessen der Bundesländer beachtet werden.

Wir wollen eine Europäische Union, in der weniger Gesetze gemacht werden und weniger Bürokratie herrscht. Aber wir wollen dies nicht zu Lasten des Schutzes von Umwelt, von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Verbraucherinnen und Verbrauchern. Wir brauchen europäische Gesetze, die soziale und ökologische Mindeststandards festlegen.

Wir wollen uns dem globalen Wettbewerb stellen. Mit einer starken Europäischen Union können wir die Herausforderungen der Globalisierung besser bewältigen und ihre Chancen besser nutzen. In einer starken Europäischen Union können wir das europäische Sozialmodell modernisieren und leistungsfähiger machen, gemeinsame Werte, wie Freiheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz besser wahren.

Europäischer Beschäftigungspakt: Die Wirtschaft modernisieren, neue Arbeit schaffen, soziale Gerechtigkeit sichern.

Zusammen mit unseren sozialdemokratischen Partnern werden wir einen europäischen Beschäftigungspakt verwirklichen. Arbeitslosigkeit bedeutet soziale Ungerechtigkeit und ökonomische Verschwendung. Wir setzen die Schaffung von Arbeit an die erste Stelle der Politik. Die Europäische Union muß ihre Möglichkeiten stärker auf den Abbau der Arbeitslosigkeit konzentrieren. Dazu gehört zum Beispiel, Ausbildung und Fortbildung stärken, Arbeitszeiten flexibler gestalten, das Steuersystem reformieren und die kleinen und mittleren Unternehmen fördern.

Deutschlands Wirtschaft kann sich besser entwickeln, wenn unsere Nachbarländer sich ebenfalls positiv entwickeln. Weil alle Staaten in Europa voneinander abhängen, brauchen wir eine europäische Strategie für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Dazu gehört auch die Weiterentwicklung der transeuropäischen Netzwerke für Verkehr und Kommunikationssysteme in enger Abstimmung mit unseren Partnern.

Mit Niedriglöhnen und schlechten Arbeitsbedingungen kann Europa im globalen Markt nicht konkurrieren. Wir brauchen Investitionen in Ausbildung und Innovation, Programme zur lebenslangen Aus- und Fortbildung. Europas Forschungsprogramme müssen sich den Technologien der Zukunft öffnen. Dazu gehört insbesondere auch die Entwicklung erneuerbarer Energiequellen.

Wir wollen, daß der EURO ein Erfolg wird. Dafür brauchen wir eine bessere Koordinierung der Konjunktur-, Steuer- und Haushaltspolitiken. Der ruinöse Wettlauf um die niedrigsten Steuern muß beendet werden. Wir brauchen gemeinsame Mindestregelungen insbesondere bei den Unternehmenssteuern und bei der Besteuerung von Kapitalerträgen. Die immer noch bestehenden Steueroasen und das Steuerdumping in der Union müssen beseitigt werden. Zwischen den EU-Mitgliedstaaten müssen Schritte zur Entlastung des Faktors Arbeit und der Einstieg in eine europaweite ökologische Steuerreform vereinbart werden.

Die Sozialunion bleibt ein zentrales Ziel unserer Europapolitik. Wir wollen die Mitwirkung der Menschen in der Wirtschaft ausbauen. Europäische Betriebsräte, Tarifautonomie, Streikrecht und die Mitbestimmung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften müssen auch europaweit gesichert, Sozialdumping muß europaweit bekämpft werden.

Alle Möglichkeiten der EU-Gesetzgebung zur Gleichstellung von Frau und Mann sowie zur Frauenförderung sind zu nutzen. Dies gilt vor allem für die Schaffung gleicher Chancen auf dem Arbeitsmarkt und der Möglichkeit, Beruf und Familie miteinander zu verbinden. Dem neu gewählten Europäischen Parlament werden männliche und weibliche SPD-Abgeordnete in annähernd gleicher Zahl angehören.

Die ostdeutschen Bundesländer gehören noch immer zu den ärmsten Regionen in der Europäischen Union. Bis dieser Rückstand aufgeholt ist, muß sich die Europäische Union aus Solidarität an ihrem wirtschaftlichen Aufbau weiter beteiligen wie in anderen Teilen Europas auch. Wir werden dafür sorgen, daß sie in der höchsten Förderstufe der Europäischen Union bleiben.

Grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit fördert und vertieft europäisches Bewußtsein. Fördergebiete sollen nicht mehr, wie bisher, an nationale Grenzen gebunden sein. Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, daß die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auch weiterhin aus Mitteln der Europäischen Union gefördert wird.

Wir wollen die Förderung des Strukturwandels als zweite Säule der gemeinsamen Agrarpolitik durchsetzen, damit die Menschen in den ländlichen Räumen auch in Zukunft ihren Lebensunterhalt verdienen können. Der ländliche Raum muß seine vielfältigen Aufgaben auch in Zukunft erfüllen. Die begonnene Reform der europäischen Agrarpolitik wollen wir deshalb energisch fortsetzen und dafür sorgen, daß finanzielle Hilfen zur Förderung einer ökologisch verantwortbaren Landwirtschaft und zur Entlohnung der ökologischen Dienstleistung, vor allem in benachteiligten Gebieten, bestimmt sind. Eine integrierte Politik im ländlichen Raum muß dafür sorgen, daß die Infrastruktur dieser Räume erhalten und verbessert wird und neben einer flächendeckenden Landbewirtschaftung auch hier weitere Arbeitsplätze geschaffen werden, um den anhaltenden Strukturwandel aufzufangen.

Der grenzenlosen Zerstörung der Umwelt eine grenzenüberwindende Politik für die Erhaltung der Lebensgrundlagen entgegensetzen.

Die Europäische Union muß zu einer Umweltunion ausgebaut werden, die durch gemeinsame Anstrengung die Luft säubert, die Flüsse und Meere schützt, den Abfall verringert, die Lebensmittel gesund hält und kontrolliert, die Industrieproduktion ökologisch umgestaltet und damit zukunftsfähig macht. Dabei muß sie ihre Standards ständig erhöhen und Umweltdumping verhindern.

Europa muß die weltweiten Bemühungen zur Bekämpfung der von Menschen zu verantwortenden Klimaveränderungen und zur Verhinderung der Ausbeutung knapper Ressourcen vorantreiben. Wir werden uns dafür einsetzen, daß die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft zu einem grundlegenden Prinzip der Politik in der Union wird.

Europa muß für die Sicherung seiner Bürger sorgen im Innern und nach außen.

Die offenen Grenzen in der Europäischen Union sollen den Bürgerinnen und Bürgern nutzen, nicht dem organisierten Verbrechen, dem Drogenhandel, der Geldwäsche und dem Terrorismus. Wir brauchen eine europaweit abgestimmte Politik zur Bekämpfung des Verbrechens in der Europäischen Union. Unter Wahrung der bürgerlichen Freiheitsrechte muß EUROPOL ausgebaut und verstärkt werden.

Die Europäische Union ist zu einem weltweit geachteten Beispiel für die Sicherung des Friedens durch Zusammenarbeit und durch wirtschaftliche und politische Verflechtung geworden. Sie wird ihren Beitrag zur Stabilität und zum Frieden in Europa und in der Welt nur leisten, wenn sie eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik verwirklicht. Stärkere und effektivere Solidarität mit den Völkern in der Welt können wir nur zeigen, wenn wir unsere Anstrengungen bündeln und gemeinsam konkrete Ziele verfolgen. Denen, die den Frieden bedrohen, können wir besser mit einer gemeinsamen Verteidigungspolitik entgegentreten.

Mit einer gemeinsamen Außen- und Entwicklungspolitik muß die Europäische Union ihrer Verantwortung für die Bekämpfung von Hunger und Armut, für die Entwicklung von Demokratie und Menschenrechten sowie für eine globale Umweltpolitik besser gerecht werden als bisher. Wir streben gemeinsame Asylregeln und eine

C 00 - 03418

gerechte Verteilung von Flüchtlingen in der Europäischen Union an. Zuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen muß auf europäischer Ebene geregelt und begrenzt werden. Zugleich muß sich die Europäische Union an der Beseitigung der Ursachen für die Migrationsbewegungen beteiligen.

Das europäische Haus wird größer.

Der eiserne Vorhang, der Europa in zwei bewaffnete Lager geteilt hat, ist verschwunden. Wir haben die aufregende Möglichkeit, ganz Europa in einer freiwilligen Organisation des Friedens und der Zusammenarbeit zu einigen. Die Aufnahme mittel- und osteuropäischer Staaten in die Union ist im Interesse aller. Sie stärkt die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in ganz Europa, schafft den Kräften des Marktes neuen Raum und kann der wirtschaftlichen Entwicklung in der Union einen neuen Schub geben. Er trägt auch zur schrittweisen Erhöhung der sozialen und ökologischen Standards im Osten Europas bei. Wir setzen uns für zügige und gründliche Verhandlungen mit den beitrittswilligen Staaten ein.

Die Erweiterung wird nur ein Erfolg, wenn sie mit Blick auf die Realitäten in den Beitrittsstaaten und in der Union sorgfältig vorbereitet und verhandelt wird. In vielen Bereichen brauchen sowohl die neuen als auch die alten Mitgliedstaaten der Union längere Übergangsfristen. Ohne eine Reform der EU-Agrarpolitik, der EU-Strukturfonds und der Entscheidungsorgane der Union kann die Erweiterung nicht gelingen.

Europa muß im Interesse der Menschen besser funktionieren.

Die Europäische Union muß sich reformieren, um fit für das nächste Jahrhundert zu werden.

- Sie braucht eine reformierte gemeinsame Agrarpolitik, die die Wettbewerbsfähigkeit der Union sicherstellt, den Verbrauchern dient und eine intakte Umwelt sichert.

- Sie braucht eine Reform der Strukturfonds, die eine effektivere Schaffung von Arbeitsplätzen ermöglicht und die in einer erweiterten Union regionale Ungleichheiten mildert.

- Sie braucht eine solide Finanzierung, die den Anforderungen der Erweiterung, der Einführung des EURO und der Förderung von Wachstum und Beschäftigung genügt. Wir werden uns für die Finanzierung unserer politischen Prioritäten einsetzen und dabei sicherstellen, daß die heute geltenden Grenzen für den Haushalt der EU nicht überschritten und die Finanzbeiträge fair aufgeteilt werden.

- Sie braucht demokratische und effiziente Institutionen, die auch in einer erweiterten Union noch funktionieren. Dazu muß die EU-Kommission in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben besser zu erfüllen. Zugleich muß sie effektiver kontrolliert und stärker in politische Verantwortung genommen werden. Der Ministerrat muß seine Arbeitsweise straffen und künftig mehr europäische Entscheidungen mit Mehrheit treffen können. Das Europäische Parlament muß bei der gesamten EU-Gesetzgebung gleichberechtigt mit dem Ministerrat entscheiden können und seine Kontrollrechte gegenüber der Brüsseler Bürokratie offensiver wahrnehmen. Diese notwendigen Reformen müssen noch vor dem Beitritt des ersten osteuropäischen Staates beschlossen werden.

Die Europäische Union kann nur funktionieren, wenn ihre Bürgerinnen und Bürger sich für sie auch verantwortlich fühlen. Wir wollen mit einer Charta der europäischen Bürgerrechte den Kern einer europäischen Verfassung schaffen und die Identifikation der Menschen mit der Europäischen Union stärken. An der Diskussion über eine solche Charta sollen alle Teile unserer Gesellschaft beteiligt werden. Die in fast fünfzig Jahren gewachsene Europäische Union muß durch Reformen so weiterentwickelt und gestärkt werden, daß sie auf demokratischer Basis für unsere gemeinsame Zukunft entschlossen und erfolgreich handeln kann. Nur eine solche Union werden die Menschen in Europa als Teil des öffentlichen Lebens verstehen und akzeptieren und sich in ihr zu Hause fühlen.

Weil wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf Deutschlands Kraft vertrauen, geben wir der Einigung Europas neuen Schwung.